



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Ingrid Heckner, Dr. Florian Herrmann, Petra Guttenberger, Tobias Reiß, Prof. Dr. Gerhard Waschler, Volker Bauer, Robert Brannekämper, Norbert Dünkel, Wolfgang Fackler, Dr. Ute Eiling-Hütig, Alexander Flierl, Max Gibis, Christine Haderthauer, Jürgen W. Heike, Florian Hölzl, Michael Hofmann, Thomas Huber, Bernd Kränzle, Manfred Ländner, Otto Lederer, Ludwig Freiherr von Lerchenfeld, Andreas Lorenz, Dr. Hans Reichhart, Dr. Franz Rieger, Heinrich Rudrof, Berthold Rüth, Andreas Schalk, Karl Straub, Klaus Steiner, Peter Tomaschko, Carolina Trautner, Manuel Westphal, Mechthilde Wittmann** und **Fraktion (CSU)**

Drs. 17/17809

Linksextremismus und linksextremistische Gewalt konsequent bekämpfen!

Der Landtag verurteilt die durch nichts zu rechtfertigenden und nicht hinnehmbaren Gewaltexzesse links-extremer, sog. autonomer Gewalttäter im Rahmen des G20-Gipfels in Hamburg auf das Schärfste.

Insbesondere wird verurteilt, dass gezielt und mit enormer krimineller Energie Polizeibeamte als Repräsentanten des demokratischen Rechtsstaats angegriffen und verletzt wurden und dass erhebliche Straftaten gegen die öffentliche Ordnung, die körperliche Unversehrtheit von Polizeibeamtinnen und -beamten und anderen Bürgerinnen und Bürgern sowie das Eigentum verübt wurden.

1. Der Landtag dankt den beim G20-Gipfel eingesetzten Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, die zum Teil lebensbedrohliche Einsatzlagen bewältigen mussten. Der Landtag begrüßt die Entscheidung des Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr, den beim G20-Gipfel eingesetzten bayerischen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten drei Tage Sonderurlaub zu gewähren, zu-

sätzlich die Stunden der Haupteinsatzphase ab 06.07.2017, 00:00 Uhr zu 100 Prozent als Dienststunden gut zu schreiben und für geleistete Mehrarbeitsstunden die Wahl einer Auszahlung der Mehrarbeitsstunden zu ermöglichen. Dies honoriert den außerordentlichen Einsatz unserer Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten ebenso wie der gemeinsame Empfang der Landtagspräsidentin Barbara Stamm und des Ministerpräsidenten Horst Seehofer in Schloss Schleißheim.

2. Mit derselben Konsequenz, mit der Rechtsextremismus, Islamismus oder Ausländerextremismus bekämpft werden, muss auch gegen alle Erscheinungsformen des Linksextremismus vorgegangen werden. Der Landtag fordert daher die unverzügliche Schließung der Anlaufpunkte von autonomen Gewalttättern, wie der Roten Flora in Hamburg und der Rigaer Straße in Berlin. Rechtsfreie Räume müssen mit allen rechtsstaatlichen Mitteln unterbunden werden. Es darf keine Schonräume für Extremisten geben.
3. Des Weiteren wird die Staatsregierung aufgefordert, im Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport mündlich zu berichten über
 - den Einsatz bayerischer Polizeibeamter beim G20-Gipfel (u. a. Umfang, Verletzungen etc.),
 - aktuelle Erkenntnisse zu linksextrem motivierten Straftaten,
 - die bereits vorhandenen Maßnahmen zur Bekämpfung gegen Extremismus jeder Erscheinungsform unter Einbeziehung des Linksextremismus und linksextremistischer Gewalt. Insbesondere muss sichergestellt werden, dass Spenden und Fördermittel durch den Staat und die Kommunen nicht an Gruppierungen fließen, die unsere demokratische Grundordnung unter dem Deckmantel des „Antifaschismus“ in Frage stellen.

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin